

Zitierhinweis

Wilke, Karsten: Rezension über: Andreas Eichmüller, Die SS in der Bundesrepublik. Debatten und Diskurse über ehemalige SS-Angehörige 1949–1985, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2018, in: Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts, 2019, S. 125, DOI: 10.15463/rec.1070004610

Einsicht
*Bulletin des
Fritz Bauer Instituts*



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Debatten zur SS nach 1945



Andreas Eichmüller

Die SS in der Bundesrepublik. Debatten und Diskurse über ehemalige SS-Angehörige 1949–1985

Berlin u.a.: De Gruyter Oldenbourg, 2018, 332 S., € 24,95

Unlängst veröffentlichten Jan Erik Schulte und Michael Wildt einen wichtigen Sammelband zur Nachkriegsgeschichte der SS in der Bundesrepublik, der sich mit Deutungen, Netzwerken und Aktivitäten deren früheren Angehörigen befasst.¹ Die vorliegende Arbeit von Andreas Eichmüller verfolgt einen komplementären Ansatz. Sie untersucht – vor dem Hintergrund, dass die SS im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zu einer »Verbrecherischen Organisation« erklärt worden war – die gesellschaftlichen Debatten, die sich aus der öffentlichen Präsenz ehemaliger SS-Angehöriger ergaben.

Das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse der Arbeit zielt darauf, zu ergründen, wie im Rahmen gesellschaftlicher Interaktionsprozesse Handlungsspielräume festgelegt wurden. Es zeigt sich deutlich, dass die öffentliche Präsenz der Klientel mit zunehmender zeitlicher Distanz zum NS-Regime allmählich eingeschränkt wurde. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Debatten innerhalb der SPD zum Umgang der Partei mit der aggressiven Lobbyarbeit der »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit« (HIAG) zur Rentenversorgung der Veteranen der Waffen-SS. Die Sozialdemokraten waren in dieser Frage lange Zeit gespalten. Während eine zunächst einflussreichere Strömung darauf abzielte, die HIAG über Kontakte und Verhandlungen an das demokratische System zu binden und nicht zuletzt auch deren Wählerstimmen zu gewinnen, plädierten andere für eine rigorose Abgrenzung. Diese Haltung setzte sich allmählich durch, und es kam im Jahre 1981 zu einem Unvereinbarkeitsbeschluss.

Die Studie entfaltet die Fragestellung anhand dreier Vertiefungen: Debatten zu gesetzlichen Regelungen der Integration, wie etwa im Rahmen der Sozialgesetzgebung oder beim Zugang zur Bundeswehr, Auseinandersetzungen über öffentliche Veranstaltungen ehemaliger SS-Angehöriger sowie die Skandalisierung individueller SS-Vergangenheiten von politischen Entscheidungsträgern, Angehörigen der Sicherheitsbehörden oder von Personen aus Wirtschaft und Kultur. Als prägnantes Beispiel in diesem Zusammenhang ist

die Nachkriegskarriere des früheren Höheren SS- und Polizeiführers Heinz Reinefarth zu erwähnen. Reinefarth wurde im Jahre 1951 in das Amt des Bürgermeisters von Westerland (Sylt) gewählt. Trotz wiederholter parlamentarischer und außerparlamentarischer Initiativen verging jedoch mehr als ein Jahrzehnt, bis er das Amt schließlich abgeben musste.

Als Quellen nutzt der Verfasser insbesondere Veröffentlichungen in der nationalen und internationalen Tagespresse sowie gelegentlich auch TV-Sendungen. Archivalische Quellen tragen darüber hinaus dazu bei, die Analyse der Medienberichterstattung durch einen Blick hinter die Kulissen zu erweitern. Am Beispiel eines HIAG-Treffens im Jahre 1954 in Iserlohn etwa lässt sich auf diese Weise rekonstruieren, dass von Seiten der Politik zunächst massiv auf ein Verbot gedrängt worden war, die SS-Veteranen sich aber schließlich über die Einwände hinwegsetzten.

Mit Akribie hat Eichmüller Medienberichte über eine Vielzahl größerer und kleinerer derartiger Treffen und Veranstaltungen bis in die 1980er Jahre zusammengetragen. Auch wenn die Ausführungen ab und an etwas redundant wirken, lohnt sich das Vorgehen. Eine Erkenntnis besteht beispielsweise darin, dass bis in die 1960er Jahre von einer nur wenig hinterfragten Dauerpräsenz der Veteranen der Waffen-SS in der Öffentlichkeit gesprochen werden kann. Kritik wurde anfänglich im Wesentlichen von kommunistischen Splittergruppen geäußert und ließ sich so leicht zurückweisen. Erst nach den antisemitischen Vorfällen Ende 1959 und dem Eichmann-Prozess 1961 formierte sich allmählich ein breiter getragener Protest.

Eichmüllers Studie zu den Debatten zur SS nach 1945 stellt eine wichtige Bereicherung bei der Erforschung der Geschichte der Bundesrepublik dar. Zum einen schließt sie bis dato bestehende Wissenslücken. Eine detaillierte Rechnung beispielsweise führt erstmals überhaupt nachvollziehbare Zahlen vor Augen. Danach lebten in der Bundesrepublik etwa 400.000 bis 500.000 Veteranen der Waffen-SS sowie 150.000 ehemalige Angehörige der Allgemeinen SS.

Die zweite wichtige Leistung besteht darin, dass der Verfasser umfassend nachzeichnet, wie die politischen Parteien, trotz innerer Auseinandersetzungen in dieser Frage, dennoch insgesamt versuchten, den früheren Angehörigen der SS – von signifikanten Ausnahmen abgesehen – durch gezielte Angebote sowie mehr oder weniger klare Grenzssetzungen den Weg in das demokratische Gemeinwesen zu ebnen. Je stärker aber die Verbrechen des NS-Regimes in die öffentliche Wahrnehmung gelangten, desto lauter erhoben sich kritische Stimmen. Die Debatten um die SS nach 1945 werden so zu einem Gradmesser für die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik.

Karsten Wilke
Bielefeld

¹ Jan Erik Schulte, Michael Wildt (Hrsg.), *Die SS nach 1945. Entschuldungsnarrative, populäre Mythen, europäische Erinnerungsdiskurse*, Göttingen 2018.